

Niederschrift
über die 5. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
die 6. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
in 3. gemeinsamer Sitzung
am 31.03.2022 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dornseifer, Falk
Kretschmer, Gabriele
Schavier, Karl für Lünenschloss, Caroline
Mucha, Constanze
Norkowsky, Arnold
Cleve, Thorsten für Dr. Schlieben, Nils Helge
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef Ausschussvorsitzender

SPD

Bausch, Manfred
Daun, Dorothee
Walter, Karl-Heinz für Servos, Gertrud
Stergiopoulos, Ioannis
Ullrich, Birgit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin Beiratsvorsitzende
Spicale, Simone
Tuschen, Johannes
Warnecke, Uwe Marold

FDP

Clemens, Miriam
Steffen, Alexander

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Detjen, Ulrike

für Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Gruppe FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Schmitt-Promny, Karin
Spicale, Simone
Clemens, Miriam
Frambach, Heribert
Detjen, Ulrike
Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW

Adam, Bettina
Brüning, Bärbel
Franke, Milena
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Thoms, Eva-Maria

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
Dr. Franz, Corinna

Brinkmann, Sabine
Beyer, Christoph

Esser, Annette
Woltmann, Bernd
Henkel, Melanie

LVR-Direktorin
LVR-Dezernentin Kultur und landschaftliche
Kulturpflege
LVR-Gleichstellungsbeauftragte
LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt,
Soziale Entschädigung
LVR-Dezernat Soziales
Stabsstellenleitung 00.300
Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste:

Middendorf, Claudia (mit Rederecht)

Beauftragte der Landesregierung für
Menschen mit Behinderungen und
Patientinnen und Patienten NRW
LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt,
Soziale Entschädigung

Thiems, Wolfgang

Bergs, Lena

Knabenschuh, Patricia

LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt,
Soziale Entschädigung

LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund
Heilpädagogischer Hilfen

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Entwicklungskonzeption Abtei Brauweiler; hier: Bericht zu Phase 2 sowie Vorstellung der Gebäudeentwicklungskonzeption und weiterer Maßnahmen in den kommenden Jahren **15/14 E**
3. Niederschrift über die 2. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 02.12.2021
4. Erweiterung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte **15/796 B**
5. Stellungnahme des LVR zur Entwurfsfassung des Aktionsplans "NRW inklusiv" der NRW-Landesregierung **15/378 K**
6. Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR
- 6.1. Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“, fünfter Umsetzungsbericht **15/807 K**
- 6.2. LVR-Gleichstellungsbericht 2017 - 2020 **15/847 K**
- 6.3. LVR-Gleichstellungsplan 2025 **15/850/1 E**
- 6.4. Sozialräumliche Erprobung integrierter Beratung: Das Projekt „Peer-Bildungsberatung“ im Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung **15/728 K**
7. Weitere Kenntnisnahmen
- 7.1. Neuer gesetzlicher Auftrag für die Integrations/-Inklusionsämter gem. § 185a SGB IX: Errichtung und Organisation der "Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber" **15/802 K**

Neuer gesetzlicher Auftrag für die Integrations/-Inklusionsämter gem. § 185a SGB IX: Errichtung und Organisation der "Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber" **Antrag 15/59 CDU, SPD K**
- 7.2. „Fachberatung für inklusive Bildung“ bei den Kammern im Rheinland **15/840 K**
- 7.3. Umwandlung des Instituts für Inklusive Bildung NRW gGmbH in eine Inklusionsabteilung der TH Köln gem. §§ 215 ff. SGB IX **15/841 K**
- 7.4. Bericht über außerrheinische Unterstützungsleistungen **15/729/1 K**

- 7.5. Abschlussbericht des Modellprojektes TexLL (Trennung existenzsichernde Leistungen von den Leistungen der Eingliederungshilfe und neues Leistungssystem) und Ergebnisse der Evaluierung auf Bundesebene durch Kienbaum Consultants **15/749/1 K**
8. Anfragen und Anträge
9. Bericht aus der Verwaltung
10. Beschlusskontrolle
11. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

12. Niederschrift über die 5. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 18.02.2022
13. Verschiedenes
14. Beschlusskontrolle

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:16 Uhr
Ende der Sitzung:	11:16 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** schlägt vor, TOP 6.6 als TOP 2 zu beraten.

Die **Beiratsvorsitzende** verpflichtet **Barbara Brüning** als Mitglied des Beirates für Inklusion und Menschenrechte.

Punkt 2

Entwicklungskonzeption Abtei Brauweiler; hier: Bericht zu Phase 2 sowie Vorstellung der Gebäudeentwicklungskonzeption und weiterer Maßnahmen in den kommenden Jahren Vorlage Nr. 15/14

Frau **Dr. Franz** führt in die Vorlage ein und erläutert die Pläne für die Abtei Brauweiler.

Frau **Lubek** bedankt sich ausdrücklich bei Frau **Dr. Franz** für deren Vortrag in einfacher, verständlicher Sprache. Dem Dank schließen sich mehrere Ausschuss- und Beiratsmitglieder an.

Frau **Daun** und Herr **Solf** heben die besondere Bedeutung des Kulturstandortes Brauweiler für den LVR hervor. Das geplante Entwicklungsprojekt stehe beispielhaft für alle LVR-Kulturstandorte, in denen das Menschenrecht auf Inklusion umgesetzt und gelebt werde.

Auf Nachfrage von Frau **Detjen** führen Frau **Lubek** und Frau **Dr. Franz** aus, dass selbstverständlich auch ein enger Austausch mit der Stadt Düsseldorf hinsichtlich des LVR-Zentrums für Medien und Bildung (ZMB) geplant sei. Frau **Lubek** berichtet in diesem Zusammenhang von der letzten Sitzung des Beirates des ZMB und der geplanten Kriterien-gestützten Machbarkeitsstudie zu den Perspektiven für das ZMB.

Frau **Detjen** und Frau **Herlitzius** regen an, in der Gedenkstätte neben der Vergangenheit der Abtei Brauweiler während des Nationalsozialismus auch die menschenverachtenden Zustände in der jüngeren Vergangenheit transparent zu beleuchten. Frau **Lubek** sichert dies zu. Die Gedenkstätte solle ein Ort der Menschenrechtsbildung werden.

Auf Nachfrage von Herr **Gabor** bestätigen Frau **Lubek** und Frau **Dr. Franz**, dass auch bei diesem Entwicklungsprojekt eine aktive partizipative Beteiligung der Verbände der Menschen mit Behinderungen vorgesehen sei. Dies sei inzwischen ein etablierter Standard im verantwortlichen LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH.

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der Sachstand zum Konzept des LVR-Kulturzentrums Abtei Brauweiler gemäß Vorlage Nr. 15/14 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob ein Neubau an der Stelle des Gebäudes Altes Archiv zur Aufnahme der Restaurierungswerkstätten des LVR-ADR und gegebenenfalls der Medienproduktion des LVR-ZMB realisiert und somit die Dauerausstellung zur Geschichte der Abtei in den Südflügel des Wirtschaftshofes dauerhaft untergebracht werden kann. Zur räumlichen Unterbringung des LVR-ZMB ist verwaltungsseitig eine Machbarkeitsstudie unter Berücksichtigung der aufbau- und ablauforganisatorischen sowie personellen Auswirkungen beauftragt. Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten und die entsprechenden Beschlüsse einholen.

3. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob die Direktorenvilla „Alte Drachenburg“ zum Verwaltungssitz und der Gebäudeflügel Prälaturnord Obergeschoss für den Tagungsbereich hergerichtet werden können. Die Verwaltung wird über das Ergebnis berichten und die entsprechenden Beschlüsse einholen.

4. Der Realisierung der Maßnahme „Revitalisierung Klostergarten, 2. Bauabschnitt“ vorbehaltlich der Bewilligung der Städtebaufördermittel NRW wird zugestimmt.

5. Den sonstigen Maßnahmen der Gebäudeentwicklungskonzeption der Abtei Brauweiler wird zugestimmt:

- Nachnutzung des Gebäudes Alte Holzrestaurierung durch das Technische Zentrum für Bestandserhaltung des LVR-AFZ
- Räumliche Erweiterung der Gedenkstätte Brauweiler
- Nutzung des Gierden-Saals für die Dauerausstellung zur 1000-jährigen Abteigeschichte

6. Der Fortführung der bereits beschlossenen fachlichen Maßnahmen der Phase 1 und 2

sowie der Umsetzung der in der Vorlage Nr. 15/14 dargestellten weiteren fachlichen Maßnahmen der Phase 3 bis 5 wird zugestimmt.

Nach detaillierter Konzeption und Kostenermittlung wird die Verwaltung voraussichtlich im Jahr 2023 über die Phase 3 (2022/2023) berichten und einen Beschlussvorschlag zu Phase 4 (2024) der fachlichen Entwicklungskonzeption vorlegen.

Punkt 3

Niederschrift über die 2. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 02.12.2021

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 4

Erweiterung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte Vorlage Nr. 15/796

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** den folgenden Beschluss:

Unter Bezugnahme auf Ziffer 2 d) der Geschäftsordnung für den Beirat für Inklusion und Menschenrechte wählt der Ausschuss für Inklusion gemäß Vorlage Nr. 15/796 Frau Wiebke Schubert als ergänzende Stimme der Angehörigen psychisch kranker Menschen in den Beirat.

Punkt 5

Stellungnahme des LVR zur Entwurfsfassung des Aktionsplans "NRW inklusiv" der NRW-Landesregierung Vorlage Nr. 15/378

Frau **Thoms** weist darauf hin, dass die LVR-Stellungnahme zur Entwurfsfassung des Aktionsplans „NRW inklusiv“ (Anlage 1) unter dem Punkt 2 "Inklusive Öffnung der Förderschulen im Schulrecht" aus ihrer Sicht sprachlich missverständlich formuliert sei. Unklar bleibe, auf welche Schülergruppe sich die angegebenen 90 Prozent der Schüler*innen genau beziehen und wie groß diese Gruppe quantitativ tatsächlich sei. Zudem regt sie an, zukünftig zu formulieren, dass ein inklusives Setting für die genannte Schülergruppe auch mit der Öffnung der Förderschulen erreicht werden könne, nicht nur.

Die **Beiratsvorsitzende** bittet darum, bei zukünftigen Stellungnahmen zu berücksichtigen, dass nicht die Regelschule, sondern die Kita der erste Förderort von Kindern sei. Zudem weist sie darauf hin, dass die in der Stellungnahme geforderte "umgekehrte Inklusion" nicht ohne Einschränkungen als positiv dargestellt werden sollte. Ausdrücklich begrüßt sie dagegen die klare Stellungnahme des LVR zur Stärkung inklusiver Sozialräume und zur Stärkung der Partizipation.

Herr **Gabor** und Frau **Brüning** kritisieren, dass sich der LVR in seiner Stellungnahme zur Evaluation des IGG NRW unter Frage 5 sprachlich missverständlich zu seiner Verortung innerhalb der verschiedenen Gruppen im Sinne von "Bänken" des Inklusionsbeirates NRW geäußert habe.

Herr **Woltmann** erläutert, dass der LVR habe deutlich machen wollen, dass er sich angesichts der Breite seiner Zuständigkeiten und Aufgaben bisher im Inklusionsbeirat nicht korrekt in der Mitgliedergruppe der "Leistungserbringer" platziert fühle. Der LVR

sehe sich eher auf einer eigenen Bank der kommunalen Familie bzw. weiterer Träger öffentlicher Belange - unterscheidbar von der Bank der Selbstvertretungsorganisationen und anderer Vertretungen der Zivilgesellschaft wie die Verbände und Leistungserbinger der Freien Wohlfahrtspflege. Er bittet Frau **Middendorf**, dieses Anliegen für die Landesregierung mitzunehmen.

Frau **Daun** stelle fest, dass der Stellenwert der Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen im Entwurf des neuen Aktionsplans „NRW inklusiv“ noch nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

Herr **Gabor** äußert sich enttäuscht zur Anpassung der Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates NRW. Das Inklusionsgrundsatzgesetz NRW hätte die Rolle der Selbstvertretungsorganisationen im Inklusionsbeirat durch ihr alleiniges Stimmrecht bei nur beratender Stimme aller anderen Mitglieder stärken sollen.

Die Stellungnahme des LVR zur Entwurfsfassung des Aktionsplans "NRW inklusiv" gemäß Vorlage Nr. 15/378 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR**

Punkt 6.1 **Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“, fünfter Umsetzungsbericht** **Vorlage Nr. 15/807**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der fünfte Umsetzungsbericht zur aktiven Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung - NRW stärkt Vielfalt!“ wird gemäß Vorlage Nr. 15/807 im Kontext des neuen LVR-Diversity-Konzeptes zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.2 **LVR-Gleichstellungsbericht 2017 - 2020** **Vorlage Nr. 15/847**

Frau **Franke** merkt kritisch an, dass der Gleichstellungsbericht auf einer binären Einteilung der Geschlechter beruhe und die Vielfalt der Geschlechter keine Berücksichtigung finde.

Frau **Brinkmann** erläutert, dass der Gleichstellungsbericht primär eine statistische Auswertung der vorhandenen Personalstatistiken des LVR unter Aspekten der Gleichstellung im Sinne des Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG) umfasse. In den vorliegenden Statistiken lasse sich die geschlechtliche Vielfalt der Mitarbeitenden jedoch auch aus datenschutzrechtlichen Gründen (zu kleine Fallzahlen) aktuell nicht zeigen.

Sie weist darauf hin, dass die Vielfalt der Geschlechter aber gleichwohl ein wichtiger Aspekt sei, den das LGG noch nicht abbilde. Sie verweist hierzu auf das neue LVR-Diversity-Konzept, für das die Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden federführend sei.

Der Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern im LVR für den Berichtszeitraum

2017 bis 2020 wird gemäß Vorlage Nr. 15/847 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.3
LVR-Gleichstellungsplan 2025
Vorlage Nr. 15/850/1

Der Beirat für Inklusion und Menschenrechte votiert **mehrheitlich** mit den Stimmen des LBR-Pools und von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke. und Die FRAKTION gegen die Stimme der AfD für den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Inklusion fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke., Die FRAKTION und FREIE WÄHLER gegen die Stimme der AfD folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzung des LVR-Gleichstellungsplans 2025 mit den dazu gehörigen Zielen und Maßnahmen wird gemäß der Vorlage Nr. 15/850/1 zugestimmt.

Punkt 6.4
Sozialräumliche Erprobung integrierter Beratung: Das Projekt „Peer-Bildungsberatung“ im Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
Vorlage Nr. 15/728

In der Zusammenschau der Tagesordnungspunkte 6.1 bis 6.4 begrüßt Frau **Daun** ausdrücklich, dass sich der Ausschuss für Inklusion und sein Beirat ganz im Sinne der erweiterten Zuständigkeits- und Verfahrensordnung nunmehr auch mit weiteren, zentralen Vielfaltsdimensionen wie ethnische Herkunft und Nationalität, Geschlecht, Lebensalter und ihren intersektionalen Verschränkungen zum Thema Behinderung befassen würde.

Frau **Detjen** erkundigt sich nach der weiteren Perspektive des Projektes nach Ende der Projektlaufzeit.

Frau **Thoms** lobt den Empowerment-Ansatz des Projektes, zeigt sich aber irritiert über den gewählten Projekttitel "Peer-Bildungsberatung". Dieser lege eine andere Schwerpunktsetzung nahe. Frau Thoms merkt zudem kritisch an, dass viele Familien mit Kindern mit Behinderungen in ihren Sozialräumen nicht sehr präsent seien. Insofern frage sie sich, wie gut die ausgebildeten Schüler*innen tatsächlich als Diversitäts-Botschafter*innen in ihren jeweiligen Sozialraum hineinwirken könnten.

Die **Beiratsvorsitzende** erkundigt sich danach, ob auch vorgesehen sei, die ausgebildeten Förderschüler*innen für eine Mitwirkung in der Bezirksschülerschaft zu qualifizieren. Sie regt zudem an, die entwickelten Materialien und Konzepte in den LVR-Förderschulen weiter zu nutzen und in die dortige Arbeit regelhaft einfließen zu lassen.

Herr **Woltmann** erläutert den Kontext der Projekte zur sozialräumlichen Erprobung integrierter Beratung (SEIB). Hierbei handele es sich um ergebnisoffenes Entwicklungsprojekt mit vier Fachdezernaten. Bei dem Projekt des Dezernates Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung sei im Projektverlauf deutlich geworden, dass als grundlegende Voraussetzung für eine beratende Peer-Tätigkeit von Schüler*innen zunächst ein gezieltes Empowerment der Schüler*innen erforderlich sei. Daher habe sich das Projekt in diese Richtung entwickelt.

Herr **Beyer** berichtet, dass die Projektstellen im Dezernat über die Erprobungsphase bis zum 30. Juni hinaus bis Ende 2022 verlängert worden seien. Die verbleibende Zeit solle genutzt werden, um für die LVR-Förderschulen einen "Instrumentenkoffer" zu packen.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass die politische Vertretung die weitere Entwicklung im Bereich der integrierten Beratung, die auf einen politischen Beschluss zurück gehe, weiterhin aufmerksam verfolgen werde.

Die Ausführungen zur sozialräumlichen Erprobung integrierter Beratung: Das Projekt „Peer-Bildungsberatung“ im Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung werden gemäß Vorlage Nr. 15/728 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 **Weitere Kenntnisnahmen**

Punkt 7.1 **Neuer gesetzlicher Auftrag für die Integrations/-Inklusionsämter gem. § 185a SGB IX: Errichtung und Organisation der "Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber"** **Vorlage Nr. 15/802**

Herr **Beyer** stellt die unter den Tagesordnungspunkten 7.1, 7.2 und 7.3 zur Kenntnis gebrachten Vorlagen in ihrem Gesamtzusammenhang dar. Alle drei Vorlagen seien Beispiele für die erfolgreichen Bemühungen des Inklusionsamtes, einen inklusiven Arbeitsmarkt im Rheinland zu unterstützen.

Der Beirat für Inklusion und Menschenrechte sowie der Ausschuss für Inklusion nehmen die Vorlage Nr. 15/802 zur Kenntnis.

Neuer gesetzlicher Auftrag für die Integrations/-
Inklusionsämter gem. § 185a SGB IX: Errichtung und Organisation der "Einheitlichen
Ansprechstellen für Arbeitgeber"
Antrag Nr. 15/59 CDU, SPD

Der Beirat für Inklusion und Menschenrechte sowie der Ausschuss für Inklusion nehmen den Antrag Nr. 15/59 zur Kenntnis.

Punkt 7.2 **„Fachberatung für inklusive Bildung“ bei den Kammern im Rheinland** **Vorlage Nr. 15/840**

Kenntnisnahme gemeinsam mit TOP 7.1 und 7.3. (siehe TOP 7.1).

Der Beirat für Inklusion und Menschenrechte sowie der Ausschuss für Inklusion nehmen die Vorlage Nr. 15/840 zur Kenntnis.

Punkt 7.3 **Umwandlung des Instituts für Inklusive Bildung NRW gGmbH in eine Inklusionsabteilung der TH Köln gem. §§ 215 ff. SGB IX** **Vorlage Nr. 15/841**

Kenntnisnahme gemeinsam mit TOP 7.1 und 7.2. (siehe TOP 7.1). Die positive Entwicklung wird ausdrücklich gewürdigt.

Der Beirat für Inklusion und Menschenrechte sowie der Ausschuss für Inklusion nehmen

die Vorlage Nr. 15/841 zur Kenntnis.

Punkt 7.4

Bericht über außerrheinische Unterstützungsleistungen Vorlage Nr. 15/729/1

Frau **Grimbach-Schmalfuß** erkundigt sich danach, was der LVR abseits der geplanten "Landkarte" zu unternehmen gedenke, um auf die fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten innerhalb des Rheinlandes zu reagieren.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass nach seiner Einschätzung die Problematik der außerrheinischen Unterstützungsleistungen in der Vergangenheit nicht im Fokus der Aufmerksamkeit gestanden habe, jetzt aber verstärkt angegangen werden solle. Gerade das LVR-eigene HPH-Netz habe speziell den Auftrag, sich um Zielgruppen zu kümmern, für die andere Träger keine Unterstützungsmöglichkeiten anbieten würden. Das LVR-Dezernat Soziales prüfe gerade gemeinsam mit Trägern, welche Angebote noch geschaffen werden müssten, um die Bedarfe wohnortnah zu decken.

Der Bericht über außerrheinische Unterstützungsleistungen wird gemäß Vorlage Nr. 15/729/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.5

Abschlussbericht des Modellprojektes TexLL (Trennung existenzsichernde Leistungen von den Leistungen der Eingliederungshilfe und neues Leistungssystem) und Ergebnisse der Evaluierung auf Bundesebene durch Kienbaum Consultants Vorlage Nr. 15/749/1

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Abschlussbericht des Modellprojektes TexLL sowie der Bericht zu den Ergebnissen der Evaluierung auf Bundesebene durch Kienbaum Consultants wird gemäß Vorlage Nr. 15/749/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Anfragen und Anträge

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 9

Bericht aus der Verwaltung

Herr **Woltmann** berichtet, dass die durch den LBR-Pool wiederholt angeregte Einrichtung eines barrierefreien WC vor den Sitzungsräumen im Südfoyer des Landeshauses in den kommenden Sommerferien baulich umgesetzt werde.

Er weist auch darauf hin, dass die Dokumentation des 4. LVR-Dialoges Inklusion und Menschenrechte mit dem Schwerpunktthema "Gewaltschutz" inzwischen im Internet veröffentlicht worden sei. Die Dokumentation sei abrufbar unter www.dialog.lvr.de. Sie dokumentiere möglichst authentisch die Diskussionsbeiträge während der Veranstaltung im November 2021 und den beiden Folgeveranstaltungen im Februar 2022.

Punkt 10
Beschlusskontrolle

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 11
Verschiedenes

Frau **Middendorf** bedankt sich zum Ende ihrer noch laufenden Amtszeit für die gute Zusammenarbeit mit dem LVR. Es sei ihr immer ein wichtiges Anliegen gewesen, bei den Sitzungen des Beirates für Inklusion und Menschenrechte dabei zu sein.

Sie blickt auf besonders wichtige Anliegen ihrer Amtszeit zurück. Dazu zähle zum Beispiel die Stellungnahmen zur Triage, die Dialogstelle zu Besuchsregeln in Einrichtungen während der Corona-Pandemie und die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Bei der schulischen Inklusion bleibe weiterhin viel zu tun. Hier sei man ihrer Einschätzung nach in dieser Legislatur nicht weitergekommen. Auch Kinder mit Behinderungen in Kitas sollten zukünftig stärker in den Blick genommen werden.

Herr **Gabor** bedankt sich im Namen des LBR-Pools bei Frau Middendorf. Dem Dank schließt sich die **Beiratsvorsitzende** an.

Duisburg, den 13.05.2022

Aachen, den 06.05.2022

Köln, den 28.04.2022

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

S c h m i t t - P r o m n y

L u b e k